



*Luxemburg muss sich entscheiden, wie es wachsen will, gibt der Mouvement écologique zu bedenken. Die neue Rifkin-Studie liefere nicht alle Antworten auf eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. (FOTO: ANOUK ANTONY)*

# Natürlich wachsen

Méco warnt: „Die Umwelt zeigt uns unsere Grenzen auf“

**Luxemburg.** Die Regierungspartner wollen Unstimmigkeiten über Betriebsansiedlungen beigelegt haben. Doch das Thema hat den Mouvement écologique auf den Plan gerufen. Oder wie es die Umweltorganisation selbst gerne betont: Eigentlich beschäftigt sie sich seit drei Jahrzehnten mit der Wachstumsfrage und der Notwendigkeit, natürliche Ressourcen zu schonen, um überhaupt die Zukunft gestalten zu können. Noch vor den Landeswahlen fordert die Organisation, eine grundsätzliche

Diskussion aufzurollen. Mit der Strategie von US-Berater Jeremy Rifkin sei es nicht getan. Großprojekte, wie die Joghurt- und die Steinwollefabrik, oder auch das geplante Datazenter eines Internetgiganten, würden einen hohen Wasser-, Strom- und Landverbrauch verbuchen und somit Luxemburg an seine Grenzen stoßen lassen.

„Inwiefern wird hier ein Mehrwert geschaffen?“, stichelte gestern Méco-Präsidentin Blanche Weber. Ohne Rücksicht auf die

Natur könne es keine nachhaltigen wirtschaftlichen Aktivitäten geben. Die jüngsten Kontroversen würden zeigen, dass es ein Umdenken mit neuen Steuerungsinstrumenten geben muss. Der Méco drängt auf mehr verbindliche Umweltziele und auf einen Umbau des Wirtschaftsmodells. „Luxemburg kann aufgrund seiner geringen Fläche kein Global Player sein. Wir sollten uns eher auf kleine und mittlere Akteure vor Ort konzentrieren“, so Blanche Weber. **BB**

■ **Politik, Seite 2**

# Bis die Umwelt stirbt

Mouvement écologique fordert Debatte über eine nachhaltige Wirtschaftspolitik

VON BÉRENGÈRE BEFFORT

„Wenn sich Betriebe in Luxemburg ansiedeln wollen, kann die Rifkin-Studie nicht der einzige Maßstab sein“, sagt Méco-Präsidentin Blanche Weber. Denn die strategische Studie, auf die sich die Regierung gerne beruft, sei „auf dem ökologischen Auge recht blind“.

Die Umweltorganisation Méco zeigt sich irritiert. Sie nimmt der Regierung die jüngst demonstrativ zur Schau gestellte Geschlossenheit nicht ab. Bei den Ansiedlungen einer Joghurtfabrik in der Gewerbezone zwischen Bettemburg und Düdelingen sowie einer Steinwollefabrik in Sassenheim seien die Einwände der grünen Minister durchaus berechtigt, befindet der Mouvement écologique. Der Energie- und der Landverbrauch beider Projekte seien enorm, die Schadstoffausstöße nicht zu unterschätzen.

Dass die Koalitionäre nun darauf verweisen, dass beide Projekte noch vor der Rifkin-Studie eingebracht wurden, mache die Sache nicht besser. Und der über 400-seitige Bericht des US-Beraters sei auch kein Garant für hohe Umweltstandards bei künftigen Niederlassungen. „Rifkin alleine kann kein Maßstab sein. Wir können uns nicht hinter einer ‚Rifkin-Konformität‘ verstecken“, so Präsidentin Blanche Weber gestern. Die Studie liefere keine hinreichenden Antworten auf die Wachstumsfrage.

Zur Erinnerung: Zusammen mit dem US-Berater und den Sozialpartnern hatte die Regierung ein Strategiepapier für eine dritte industrielle Revolution ausgemacht. Darin werden das Potenzial der Elektromobilität, von intelligenten Stromnetzen, einer nachhaltigen Nahrungsherstellung sowie der



Das höchste Gut: Ohne Rücksicht auf die Umwelt kann es langfristig keine ökonomischen Aktivitäten geben, so der Warnruf des Mouvement écologique. (FOTO: NICO MULLER)

Kreislaufwirtschaft skizziert. „Was uns stört ist, dass die Studie zu kurz greift. Sie nimmt ein erhebliches Bevölkerungswachstum und ein Anwachsen der Arbeitsplätze einfach in Kauf“, so die Méco-Präsidentin. Dabei solle man gerade die grundsätzliche Frage aufwerfen, wie das Land den Zuwachs angesichts von Mobilitätsproblemen, Wohnungsnot und einer zunehmenden Zersiedlung der Landschaft meistern kann.

Die Umweltorganisation bedauert auch, dass der Bericht „keine Grenzen aufweist für die Belastung des Umweltraumes“ und

„Wir können uns nicht hinter einer ‚Rifkin-Konformität‘ verstecken. Die Studie gibt allein keine Antwort auf die Wachstumsfrage.“

Blanche Weber

„keine steuerlichen Instrumente benennt, um die Ansiedlung von Betrieben zu steuern“. Am Beispiel der Joghurt-Fabrik im Süden des Landes schildert Blanche Weber, wie der gesellschaftliche Mehrwert wirtschaftliche Entscheidungen beeinflussen soll: Wenn eine Firma Rohmilch zu Spottpreisen auf dem Weltmarkt beziehe, stelle das de facto keinen Mehrwert für die regionale Landwirtschaft her. Fraglich sei auch, inwiefern solche Großbetriebe von erheblichen Steuererleichterungen profitieren können. „Wir sollten soziale Aspekte und regionale

Potenziale nicht ausgrenzen“, rät die Umweltorganisation mit Nachdruck.

## Zu hoher Tribut

Die Méco-Präsidentin spricht sich für ein grundlegendes Umdenken in der Wirtschaftspolitik aus: „Luxemburg kann aufgrund seiner geringen Fläche kein Global Player sein. Wir sollten uns eher auf kleinere und mittlere Akteure vor Ort konzentrieren.“ Das wäre ein konsequenter Schritt, der voraussichtlich dazu führen würde, vom Datacenter von Google abzusehen. „Für andere, größere Länder ist der Landverbrauch weniger schlimm“, so Weber, „wir können nicht immer mehr wollen, wir müssen beachten, dass wir an unsere Grenzen stoßen“. Wenn die negativen Folgen des Wachstums überwiegen, müsse schleunigst ein Kurswechsel her. „Denn die Konsequenzen fressen alles andere auf. Unsere natürlichen Ressourcen und Grundstücke sind äußerst wertvoll“.

In den kommenden Wochen will der Mouvement écologique Veranstaltungen zur nachhaltigen Wirtschaftspolitik organisieren. Auf politischer Ebene fordert er ausführliche Analysen über staatliche Beihilfen im Energie- und Verkehrssektor, um deren Nutzen auf den Prüfstand zu stellen. Ein neuer juristischer Rahmen solle dann mehr Umweltziele bei Betriebsniederlassungen einbeziehen.

Den aktuellen Regierungsvetretern von Déi Gréng will der Méco keine schlechten Noten ausstellen. Ihr Einsatz habe schon einige Verbesserungen herbeigeführt, meint Weber wohlwollend. Aber niemand komme um die Frage herum, ob sich Luxemburg „die erheblichen Probleme des weiteren Wachstums“ erlauben kann.